



„Eine linke Mehrheit ist nicht in Sicht, eine bürgerliche Mehrheit **MÖGLICH**.“

WENDE IM WAHLJAHR

Das Wahljahr 2017 erlebte im Frühjahr drei Landtagswahlen kurz hintereinander. Die SPD sah sich nach dem Wechsel im Parteivorsitz mit dem Spitzenkandidaten Martin Schulz in einem Aufwind, der lange nicht zu verspüren war. Doch Mitte Mai ergibt sich ein anderes Bild: Schon das Ergebnis der Landtagswahl vom 26. März 2017 im Saarland zeigte, dass der „Schulz-Effekt“ im Saarland keine Wirkung erzielte. Die CDU erhielt 40,7 % der Stimmen, die SPD hingegen landete bei 29,6 %. Die Linke kam mit Oskar Lafontaine zwar noch auf 12,9 %, verlor aber über 3 Punkte. Die AfD kam mit 6,2 % in den Landtag, blieb aber hinter ihren Erwartungen zurück. Für die Grünen mit 4,0 % wie die FDP mit 3,3 % wurde deutlich, wie schwierig die Mobilisierung sein kann, wenn die Wahlbeteiligung steigt.

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 7. Mai 2017 bestätigte das Bild: Die CDU schloss mit 32,0 % so gut ab wie zuletzt prognostiziert und die SPD mit 27,2 % klar schlechter. Die Ergebnisse für Grüne mit 12,9 % und FDP mit 11,5 % waren ebenso präziser vorhergesagt worden wie das knappe Scheitern der Linken mit 3,8 % und das Verschwinden der Piraten. Die AfD kam mit 5,9 % knapp in den Landtag, hatte aber mit deutlich mehr gerechnet. Auch die Wahlbeteiligung ist wieder klar angestiegen.

Schließlich die Wahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017: Im bevölkerungsreichsten Flächenland derselbe Trend. Hier war (bei ebenfalls höherer Wahlbeteiligung) der Absturz der rot-grünen Landesregierung noch dramatischer. Die CDU wurde klar stärkste Partei und kam auf 33,0 %; die FDP konnte sich auf 12,5 % steigern. Ein klarer Zuwachs für das bürgerliche Lager, wohingegen die SPD im Herzland der Sozialdemokratie nur noch auf 31,2 % und die Grünen auf 6,3 % kamen. Die Linke scheiterte knapp; die AfD mit 7,4 % hatte sich deutlich mehr erhofft. Damit ist das Signal für die Bundestagswahl gesetzt: Eine linke Mehrheit ist nicht in Sicht, eine bürgerliche Mehrheit ist möglich.

Dr. Gerhard Hirscher
ist Referent für Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung,
Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München.